



Highlights des Interviews mit Präsident Isaias Afwerki in den lokalen Medien



Frage 1: Zu den sich wandelnden globalen und regionalen Themen

Die Bewertung der aktuellen und sich entwickelnden Lage muss vor dem Hintergrund des Kalten Krieges erfolgen, der 1991 durch eine unipolare Weltordnung abgelöst wurde und in den letzten drei Jahrzehnten vorherrschte. Was sich in den letzten drei Jahrzehnten ereignet hat, entspricht nicht unbedingt den Vorstellungen von Fukuyama und Huntington.

Tatsache ist, dass die Vorrangstellung der USA und ihre ausgeprägten Bestrebungen nach einer umfassenden Vorherrschaft – in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Militär – nicht verwirklicht wurden. Ihr Einfluss und ihre angebliche Dominanz in all diesen Bereichen haben abgenommen; der Abwärtstrend ist seit vielen Jahren offensichtlich. Die Verschuldung Washingtons, die 36 Billionen Dollar erreicht hat, ist ein Ausdruck dieser Realität.

Tatsächlich stellt die MAGA-Doktrin von Präsident Trump, sehr allgemein formuliert, eine stillschweigende Anerkennung dieser Situation dar. In dieser Hinsicht sind die jüngsten Maßnahmen der

USA gegen Venezuela, angeblich unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung, sowie andere potenzielle Maßnahmen gegen Kuba, Kolumbien, Mexiko, Iran und die Frage Grönlands Indikatoren für die Instrumente, die zur Förderung der politischen Ziele der MAGA-Doktrin eingesetzt werden.

Weitere Instrumente sind Zollkriege, selektive Unterstützung bestimmter Segmente, wie im Fall von Südafrika und Nigeria, Austritt aus internationalen Organisationen und die Förderung der Lösung von Konflikten, beispielsweise in der Ukraine, zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie zwischen Thailand und Kambodscha.

Das offensichtliche Ziel dieser Instrumente und Maßnahmen besteht darin, die natürlichen Ressourcen anderer Länder auszubeuten, um die Wirtschaftskraft der USA zu stärken und den Erfolg von MAGA sicherzustellen.

Die Hauptziele dieser Maßnahmen – insbesondere die Pläne von Präsident Trump in Bezug auf Venezuela und Grönland – sind offensichtlich China und Russland. Selbst die Europäische Union wurde durch erhöhte Zölle ins Visier genommen. Auch das Thema Migration ist Teil des US-amerikanischen Ansatzes zur Förderung von MAGA.

Die Auswirkungen von MAGA auf unsere Region sollten in diesem breiteren Kontext und Rahmen verstanden werden.

Derzeit befindet sich die Welt in einer Phase des Wandels und der Turbulenzen. Es besteht Bedarf an einer neuen Weltordnung, die es den Menschen ermöglicht, in Frieden unter einem fairen und gerechten System zu leben. Der Fokus sollte nicht ausschließlich auf den Vereinigten Staaten liegen. Die Rolle, die China, Russland, Indien, Japan, Korea, Pakistan und die EU in einem solchen globalen System spielen könnten, muss ebenfalls berücksichtigt werden. Die NATO befindet sich in einer Krise, und die EU hat die Erwartungen nicht erfüllt. Welche praktischen Rollen können sie über das Abgeben von Erklärungen hinaus bei der Bekämpfung von MAGA spielen?

Unsere Einschätzung der globalen Entwicklungen sollte vor diesem Hintergrund erfolgen. Wir müssen verschiedene Szenarien kategorisieren und sie im Zusammenhang mit den Realitäten vor Ort analysieren.

Obwohl Afrika über 60 Prozent der weltweiten natürlichen Ressourcen verfügt, bleibt es ein marginalisierter Kontinent. Unsere weitere Nachbarschaft – das Rote Meer, das Horn von Afrika und der Golf – ist jedoch von erheblicher geostrategischer Bedeutung. Wie können wir diesen Vorteil in den nächsten drei Jahren nutzen? Diese Variablen müssen bei der Formulierung und Anpassung unserer Politik berücksichtigt werden.

Die Maßnahmen von Präsident Trump sollten nicht isoliert betrachtet oder übermäßig überbewertet werden. Jeder Faktor muss sorgfältig und einzeln geprüft werden. Diese Frage sollte im Zusammenhang mit der Rolle der globalen und regionalen Mächte in der Trump-Doktrin in den nächsten drei Jahren bewertet werden. Unsere Analyse muss objektiv sein und sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene angewendet werden.



Frage 2: Zusammenarbeit mit der Trump-Regierung:

Das Aufkommen der unipolaren Weltordnung – das zufällig mit der Unabhängigkeit Eritreas zusammenfiel – und die damit verbundenen fehlgeleiteten Politiken, die von aufeinanderfolgenden US-Regierungen verfolgt wurden, hatten schädliche Folgen für Eritrea und die ganze Welt.

Wir unsererseits verfolgten von Anfang an ernsthaft eine Politik

des konstruktiven Engagements unter dem Motto „vergessen und vergeben“, trotz der Ungerechtigkeiten, die unserem Volk jahrzehntelang, auch vor der Unabhängigkeit, widerfahren waren. Unsere aufrichtigen Bemühungen wurden jedoch nicht erwidert.

Dennoch ergriff die eritreische Regierung die Initiative für ein Engagement und sandte zu Beginn des zweiten Jahres seiner ersten Amtszeit eine Botschaft an Präsident Trump. Die erste Reaktion seiner Regierung war positiv. Leider scheiterte die erste Initiative, vermutlich weil sie von anderen Themen überlagert wurde.

Die Beziehungen zwischen den USA und Eritrea verschlechterten sich erneut während der Biden-Regierung, die Eritrea zahlreiche ungerechtfertigte Sanktionen auferlegte.

Eritrea hat erneut seinen guten Willen unter Beweis gestellt und ernsthafte Initiativen für eine konstruktive Zusammenarbeit in der zweiten Amtszeit von Präsident Trump ergriffen. Leider scheint dieser Prozess durch bestimmte Experten und Lobbyisten behindert worden zu sein. Ein Beispiel dafür ist der irreführende Bericht des US-Außenministeriums über das „ungünstige Investitionsklima“ in Eritrea. Dies sind altbekannte Taktiken der Dämonisierung und Einschüchterung, die angeblich dazu dienen, unangemessene Zugeständnisse zu erzwingen. Dennoch werden diese Verzögerungstaktiken unsere Bemühungen und unser Engagement für eine konstruktive Zusammenarbeit in den verbleibenden Jahren der Trump-Regierung nicht beeinträchtigen.

Unser Ansatz ist auch in Bezug auf seine regionalen Dimensionen ganzheitlich. Der Ansatz hat sich nie ausschließlich auf die bilateralen Beziehungen zwischen Eritrea und den USA gestützt. Regionaler Frieden und Stabilität sind eine Voraussetzung für Entwicklung, und die Beziehungen, die wir zu den USA (und anderen Partnern) pflegen, müssen die Förderung gemeinsamer Standpunkte und Ansätze zu wichtigen regionalen Fragen umfassen.

Frage 3: Zum Sudan

Die Lage im Sudan muss vor dem historischen Hintergrund des Landes seit 1956 betrachtet werden. Sie sollte nicht nur aus bilateraler Perspektive, sondern in einem größeren Zusammenhang untersucht werden. In den 30 Jahren vor der aktuellen Krise war die National Congress Party in die Entstehung schwerwiegender Probleme im Sudan und in der gesamten Region verwickelt. Schließlich konnte das sudanesische Volk die Situation nicht länger tolerieren und stürzte das Regime durch einen Volksaufstand.

Anschließend übernahm das Militär durch den Souveränen Rat die Verantwortung als Treuhänder. Das Hauptziel des Übergangsrats bestand darin, als Übergangsbrücke zu dienen, bis die Macht an eine zivile Verwaltung übertragen werden konnte.



Wir unterstützten die Idee, dass der Übergangsrat das Land zu einer zivilen Regierung führen sollte. Dementsprechend haben wir 2022 ein Dokument vorbereitet und es dem Übergangsrat vorgelegt. Es bestand Einigkeit darüber, dass der Souveräne Rat die Macht innerhalb einer Frist von maximal drei Jahren übergeben würde. Externe Einmischungen haben diesen Prozess jedoch behindert.

Das Hauptziel dieser externen Akteure war es, die Region durch Ausnutzung der Krise im Sudan zu destabilisieren. Der wichtigste destabilisierende Akteur waren die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Die Krise im Sudan kann nicht als Bürgerkrieg oder lediglich als Rivalität zwischen zwei Generälen dargestellt werden. Es handelt sich hierbei um vorübergehende Gremien mit zeitlich begrenzten Mandaten,

die eine Übergangsrolle übernehmen. Aus dieser Perspektive bleibt die Unterstützung des Übergangsrats die praktikabelste Lösung, um den Weg für einen dauerhaften Frieden unter ziviler Herrschaft zu ebnen.

Unrealistische Vorstellungen und Plattitüden verschiedener Gremien (UN-Sicherheitsrat, QUAD usw.) sowie die Vielzahl von Initiativen werden die Krise nur verlängern und verschärfen. Ägypten und andere Länder der Region sollten eine konstruktive Rolle bei der Verwirklichung der Vision und dem ernsthaften Streben nach dauerhaftem Frieden und Stabilität im Sudan spielen.

Frage 4: Zur Kriegserklärung der PP und zur Agenda der zwei Gewässer.

Wir sollten keine Zeit mit diesem Thema verschwenden (diese Frage verdient keine Antwort). Die Prosperity Party verfolgt eine Agenda des Krieges gegen das eigene Volk. Trotz des Pretoria-Abkommens führt sie Krieg gegen die Völker der Amhara, Tigray und Oromo. Sie hat uns den Krieg erklärt. Sie prahlt mit Drohnen und Waffen, die sie angehäuft hat. Wir haben keine Lust auf Krieg. Aber wir wissen, wie wir unsere Nation verteidigen können. Unsere Vision war es, gute Beziehungen zu pflegen. Aber wir sollten uns nicht von der Agenda der PP beunruhigen lassen, die im Wesentlichen von derselben externen Kraft vorangetrieben wird, die darauf aus ist, Konflikte in der Region zu schüren, und die hinter der Krise im Sudan steht. Die Denkweise der PP lässt sich durch die folgenden vier Eigenschaften beschreiben: Unfähigkeit, Bankrott, Feigheit und Gier. Wir sollten uns davon nicht ablenken lassen und ihrer wahnhaften Haltung keinen Raum geben. Wir müssen uns auf unsere innenpolitische Entwicklungsagenda konzentrieren.

Frage 5: Zu den jüngsten Besuchen in Saudi-Arabien und Ägypten

Unsere wichtigste und seit langem verfolgte nationale Politik – die wir seit den Tagen des bewaffneten Kampfes verfolgen – ist die regionale Stabilität. Wir leben nicht isoliert, daher ist dies keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Dieser Grundsatz sollte nicht nur von uns, sondern von allen Ländern in unserer Nachbarschaft – dem Nilbecken, dem Horn von Afrika, dem Roten Meer und dem Golf – hochgehalten werden.

Im Allgemeinen hat unsere Region anhaltende Krisen erlebt, die auf interne Schwächen und externe Einmischungen zurückzuführen sind. Ohne die Bewältigung dieser Herausforderungen kann Entwicklung nicht vollständig erreicht werden. Wir können nicht behaupten, sicher zu sein, solange unsere Nachbarländer in Krisen verstrickt sind. Unsere Maßnahmen müssen daher komplementär sein, und gegenseitiges Verständnis ist für die Schaffung eines solchen Umfelds unerlässlich.

Unsere Verpflichtungen basieren auf dieser Realität. Unsere bilateralen Beziehungen zum Königreich Saudi-Arabien zielen darauf ab, dieses gemeinsame und noble Ziel zu fördern, das nicht neu ist. Wir engagieren uns seit langem für dieses Vorhaben, nicht um der Pflege von Allianzen an sich willen, sondern



weil Saudi-Arabien eine bedeutende geostrategische Rolle in der Region spielt. Wir haben darüber diskutiert, welche Rolle Saudi-Arabien bei der Förderung von Stabilität, Sicherheit und Entwicklung in der Region des Roten Meeres spielen sollte.

Unser bilaterales Engagement mit Saudi-Arabien ist ein kontinuierlicher Konsultationsprozess. Vor einigen Jahren haben wir auf dem entsprechenden Forum einen umfassenden 12-Punkte-Vorschlag zur Zusammenarbeit und Koordinierung der Küstenstaaten für die Sicherheit und den Schutz der Seewege vorgelegt. Der Kern dieser Vorschläge dreht sich um die Verantwortung jedes Küstenstaates, seinen Küstenabschnitt zu schützen, die Zusammenarbeit zwischen allen Küstenstaaten zu fördern, um die Fähigkeiten der einzelnen Staaten zu verbessern, und Plattformen und Modalitäten für die Zusammenarbeit zu schaffen, um bei Bedarf gemeinsam handeln zu können – sei es bei der Bekämpfung von Piraterie, illegalem Handel, subversiven Handlungen, Drogenhandel usw. Implizit enthalten in diesen Vereinbarungen ist die Vermeidung einer verstärkten militärischen Präsenz fremder Kräfte und hegemonialer regionaler Kräfte in dieser wichtigen Seeroute.

Insgesamt sind unsere Beziehungen zu Saudi-Arabien und Ägypten weiterhin fruchtbar. Es besteht gegenseitiges Verständnis in einer Vielzahl von Fragen, die über unmittelbare Sicherheitsbelange hinausgehen und gemeinsame Ansätze für regionale Konflikte sowie eine mögliche Zusammenarbeit in den Bereichen Investitionen und Infrastruktur umfassen.

Da die Besuche Ende 2025 stattfanden, boten sie uns auch die Gelegenheit, Prioritäten und Maßnahmen für 2026 zu erörtern.

Frage 6: Inländische Entwicklungsfragen

Entwicklung setzt natürlich Stabilität voraus. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie selbst unter den widrigsten Bedingungen auf Eis gelegt wird. Selbst in den schwierigen Zeiten des Befreiungskampfes wurde die Entwicklung nicht auf Eis gelegt. Selbst unter den Bedingungen regionaler Unruhen werden wir uns also

weiterhin mit aller erforderlichen Entschlossenheit, Engagement und Priorität auf unsere Entwicklungsagenda konzentrieren und diese verfolgen. Sie wird nicht von anderen Variablen abhängig gemacht werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir konkrete und priorisierte Entwicklungs- und Sektorprogramme für die Umsetzung in den sechs Verwaltungsregionen ausgearbeitet. Dazu gehören:

- Physische Infrastruktur in Form von Straßen (sowohl Hauptverkehrsadern als auch Zubringerstraßen);
- Wasserinfrastruktur: Dämme aller Größenordnungen; Behandlung von Einzugsgebieten usw. unter Verwendung von GIS-basierter umfassender Kartierung und moderner Technologie. Das Programm umfasst eine stärkere Nutzung der bestehenden Wasserinfrastruktur sowie neuartige Ansätze wie die Meerwasserentsalzung.
- Energieentwicklung: Das geplante Programm konzentriert sich auf eine dezentrale und hybride Stromerzeugung – letztere umfasst sowohl thermische als auch erneuerbare Energieerzeugung mit alternativen Quellen wie Sonne, Wind und Geothermie. Letztendlich ist auch die Erzeugung von Kernenergie vorgesehen. In der ersten Phase sollen 360 MW zusätzliche Energie in 12 Mininetzen im ganzen Land erzeugt werden. Diese Menge soll im Laufe der Zeit auf 2000 MW erhöht werden.

Weitere sektorale Entwicklungsprogramme umfassen: Bergbau, Landwirtschaft, Fischerei und Wohnungsbau.

All diese Programme können ohne Humankapital nicht effizient umgesetzt werden. Daher bleibt Bildung unsere höchste Priorität. In diesem Zusammenhang wird das Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschulbildung überprüft werden. Dies ist der allgemeine Fahrplan für den Zeitraum 2026–2030.

Frage 7: Zur Rolle der Diaspora

Die Rolle unserer Diaspora während unseres Befreiungskampfes war enorm und in jeder Hinsicht beispiellos. Dies gilt auch für die Zeit nach der Unabhängigkeit, da ihr Patriotismus in der Tat spürbar ist.

In den vergangenen Jahren wurde ein umsetzbares Programm ausgearbeitet, um



ihre verstärkte Beteiligung sicherzustellen. Tatsächlich waren sie in den Bereichen Politik, Diplomatie und Information sehr aktiv, um die Arbeit unserer Botschaften zu ergänzen.

Der Plan sieht nun vor, ihre aktive Beteiligung an allen Aufgaben des Nation-Building zu verstärken. Zunächst einmal werden sie ermutigt, einzeln oder in Gruppen in alle Entwicklungsbereiche zu investieren: Bergbau, Landwirtschaft, Fischerei usw.

Ihre Beteiligung an der Entwicklung des Humankapitals wird ebenfalls von größter Bedeutung sein. Sie werden an der Einführung neuer Technologien, Forschung und anderer fachlicher Kompetenzen beteiligt sein, die das Land benötigt.

Die Regierung hat einen Fahrplan für eine effektive Einbindung der Diaspora in all diesen Bereichen ausgearbeitet. Natürlich erfordert diese Aufgabe die Entwicklung einer funktionsfähigen Datenbank, um alle verfügbaren Ressourcen und Fachkenntnisse besser identifizieren zu können. Dies ist bereits seit einigen Jahren in Planung und befindet sich noch in der Entwicklung, da aus offensichtlichen Gründen noch einige Aspekte der Cybersicherheit geklärt werden müssen.

Kurz gesagt geht es darum, eine breitere und qualitativ hochwertigere Beteiligung der Diaspora am Aufbau der Nation sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird derzeit der erforderliche institutionelle Rahmen entwickelt.

Treffen zur Sicherung der sozialen Wohlfahrt

Asmara, 16. Januar 2026 – Am 15. Januar fand in der Zentralregion ein Treffen statt, um die Umsetzung der Aktivitäten des Jahres 2025 zu überprüfen. Bei dem Treffen wurden auch Programme für 2026 diskutiert, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Sozialprogramme und der Unterstützung der Gemeinden lag.

Frau Jim'a Ibrahim, Leiterin des Ministeriums für Arbeit und Soziales in der Region, erklärte, dass im Jahr 2025 lobenswerte Maßnahmen zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Bürger im Rahmen des Ziels einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Dienstleistungen durchgeführt worden seien.

Frau Leul Gebreab Laut den auf der Sitzung vorgelegten Berichten wurden von den 24,8 Millionen Nakfa, die in Form von Darlehen an 1.167 Bürger verteilt wurden, 99,6 % zurückgezahlt; über 53,5 Millionen Nakfa wurden an Familien von Märtyrern ausgezahlt; und über 2 Millionen Nakfa, die von Staatsangehörigen im In- und Ausland gespendet wurden, wurden an 86 Familien von Märtyrern verteilt.

Darüber hinaus geht aus dem Bericht hervor, dass 1.729 benachteiligte Schüler mit Schulmaterial unterstützt wurden, 684.000 Nakfa zur



Unterstützung von Pflegefamilien bereitgestellt wurden und 25 behinderte Kinder materielle Unterstützung im Wert von 122.420 Nakfa erhielten.

In Zusammenarbeit mit dem Transportunternehmen Harat wurde 44 benachteiligten Kindern eine Berufsausbildung ermöglicht.

In ihrer Rede lobte Leul Gebreab, Ministerin für Arbeit und Soziales, die Aktivitäten der Außenstelle und forderte verstärkte Anstrengungen für bessere Ergebnisse.

Wasserprojekte im Wert von über 84 Millionen Nakfa



Mendefera, 21. Januar 2026 – Kibrom Misgina, Leiter der Wasserentwicklung in der Region Süd, berichtete, dass in den letzten fünf Jahren 41 Trinkwasserprojekte im Wert von über 84 Millionen Nakfa in der Region umgesetzt wurden.

Kibrom sagte, dass die Trinkwasserprojekte, die zwischen 2021 und 2025 in Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit und der Regierung umgesetzt wurden, 258 kW Solarenergiesysteme, 116 Wasserverteilungszentren, 48 Wasserreservoirs sowie 90 km Wasserleitungen umfassen und mehr als 100.000 Menschen zugutekommen.

Herr Kibrom wies darauf hin, dass 60 % der Kosten von der Regierung und der Rest von der Gemeinde getragen wurden, und lobte die starke Beteiligung der Mitglieder der Verteidigungskräfte an der Umsetzung der Projekte. Er sagte auch, dass Renovierungsarbeiten an über 200 Wasserprojekten durchgeführt und



Schulungen zum Wassermanagement angeboten wurden, um die Nachhaltigkeit der Projekte zu gewährleisten.

Laut Unterlagen gibt es in der südlichen Region 50 Trinkwasserprojekte, die mit Solaranlagen betrieben werden, 23 mit Handpumpen und 5 mit Generatoren.

Inklusive Finanzdienstleistungen und Entwicklung: Eritreas Mikrokredit- und Sparprogramm

Bana Negusse

Mikrokredit- und Sparprogramme gelten weithin als wirksame Instrumente zur Armutsbekämpfung, zur wirtschaftlichen Stärkung und zur finanziellen Inklusion von einkommensschwachen Personen und Gemeinschaften. Im Zentrum der Mikrofinanzierung stehen zwei sich ergänzende Komponenten: Mikrokredite und Mikrosparen. Mikrokredite sind kleine, oft unbesicherte Darlehen, die Selbstständigkeit, Unternehmertum und einkommensschaffende Aktivitäten unterstützen. Mikrosparen hingegen bietet zugängliche und sichere Einzahlungsmechanismen, die es Einzelpersonen ermöglichen, im Laufe der Zeit



auch kleine Geldbeträge anzusammeln. Zusammen ermöglichen diese Dienstleistungen einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, selbstbewusst für die Zukunft zu planen, auf wirtschaftliche Schocks zu reagieren und sich stärker an der lokalen und nationalen Wirtschaft zu beteiligen.

Vor diesem globalen Hintergrund ist die Erfahrung Eritreas mit Mikrofinanzierungen ein überzeugendes Beispiel dafür, wie gezielte finanzielle Interventionen zu einer inklusiven Entwicklung beitragen können. Das Mikrokredit- und Sparprogramm des Landes wurde im Juli 1996 unter der Leitung des Ministeriums für nationale Entwicklung (heute Ministerium für Finanzen und nationale Entwicklung) ins Leben gerufen. Es begann mit der Bereitstellung von Dienstleistungen für etwas mehr als 1.500 Kunden und legte damit den Grundstein für ein landesweites System gemeindebasierter Finanzdienstleistungen.

Seit seiner Gründung hat das Mikrokredit- und Sparprogramm stetig an Umfang und Reichweite gewonnen. Es hat seine Dienstleistungen auf fast eine Million Menschen im ganzen Land ausgeweitet und wird durch eine wachsende institutionelle Struktur mit derzeit 300 bis 400 Mitarbeitern unterstützt. Derzeit nehmen mehr als 70.000 Kunden aktiv an Mikrokreditdienstleistungen teil, wobei Frauen etwas mehr als die Hälfte der Gesamtkundschaft ausmachen – ein wichtiger Indikator für den Beitrag des Programms zur Gleichstellung der Geschlechter. Parallel dazu ist die Zahl der Mikrokredit-Dorfbanken stetig auf mehr als 760 gestiegen, wodurch die Dienstleistungen auf fast drei Viertel aller Verwaltungsgebiete und fast 70 Prozent der Dörfer Eritreas ausgeweitet wurden.

Um den unterschiedlichen Bedürfnissen seiner Kunden gerecht zu werden, bietet das Programm eine Reihe flexibler Kreditprodukte mit unterschiedlichen Rückzahlungsplänen und Zinssätzen an. Bemerkenswert ist, dass die Rückzahlungsquoten relativ hoch bleiben, was sowohl auf die effektive Programmgestaltung als auch auf das starke Engagement der Kreditnehmer zurückzuführen ist. Das öffentliche Bewusstsein und

Verständnis für Mikrokredite und das nationale Programm haben ebenfalls stetig zugenommen, was das Vertrauen und die Beteiligung auf Gemeindeebene stärkt.

Vor allem aber hat das Mikrokredit- und Sparprogramm Eritreas seit seiner Einführung tiefgreifende positive Auswirkungen auf Einzelpersonen, Gemeinschaften und die nationale Entwicklung gehabt. Es hat die finanzielle Inklusion über soziale und geografische Grenzen hinweg erweitert, die Gründung zahlreicher kleiner Unternehmen und einkommensschaffender Aktivitäten unterstützt und die Handlungsfähigkeit und Autonomie des Einzelnen gestärkt. Diese Vorteile zeigen sich sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten, wo Kunden Finanzdienstleistungen genutzt haben, um die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern, Einkommensquellen zu diversifizieren und kleine Unternehmen zu gründen.

Darüber hinaus hat das Mikrokredit- und Sparprogramm durch die aktive Einbindung von Frauen als wichtige Teilnehmerinnen einen bedeutenden Beitrag zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der sozialen Inklusion geleistet. In der Vergangenheit waren Frauen in vielen Gemeinden wirtschaftlich marginalisiert – oft von formellen Finanzinstituten übersehen und durch begrenzten Zugang zu Kapital, Vermögenswerten und Einkommensmöglichkeiten eingeschränkt. Diese strukturellen Hindernisse haben viele Frauen daran gehindert, uneingeschränkt an wirtschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen und davon zu profitieren.



Das Programm hat dazu beigetragen, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen, indem es Frauen einen praktischen, leicht zugänglichen Weg zu produktiven wirtschaftlichen Aktivitäten eröffnet hat. Der Zugang

zu Mikrokrediten und Sparangeboten hat es Frauen ermöglicht, kleine Unternehmen zu gründen oder zu erweitern, das Haushaltseinkommen zu diversifizieren und ihre finanzielle Unabhängigkeit zu stärken. Damit hat das Programm nicht nur die Lebensgrundlagen einzelner Personen verbessert, sondern auch die Entscheidungsgewalt von Frauen innerhalb ihrer Haushalte und Gemeinschaften gestärkt.

Insbesondere die weiterreichenden Auswirkungen der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen auf die Entwicklung sind erheblich. Ein höheres Haushaltseinkommen unter der Kontrolle von Frauen geht häufig mit höheren Investitionen in die Bildung der Kinder, einer besseren Gesundheit und Ernährung sowie einer insgesamt größeren Stabilität des Haushalts einher. Da sich diese Vorteile auf Gemeindeebene summieren, tragen sie zu widerstandsfähigeren lokalen Wirtschaftssystemen und einer nachhaltigen nationalen Entwicklung bei.

Insgesamt verdeutlicht das Mikrokredit- und Sparprogramm Eritreas die wichtige Rolle, die inklusive Finanzsysteme bei der Förderung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung und der sozialen Entwicklung spielen können. Durch die Erweiterung des Zugangs zu Krediten und sicheren Sparmöglichkeiten hat das Programm benachteiligten Bevölkerungsgruppen ermöglicht, produktiven wirtschaftlichen Aktivitäten nachzugehen, Risiken zu managen und die Widerstandsfähigkeit ihrer Haushalte zu stärken.

Ebenso wichtig sind die weiterreichenden sozialen Auswirkungen des Programms. Durch die Betonung der gemeindebasierten Umsetzung und der Beteiligung von Frauen hat es die finanzielle Inklusion vorangetrieben, die Gleichstellung der Geschlechter unterstützt und zu Verbesserungen des Wohlstands der Haushalte und des Humankapitals beigetragen. Während Eritrea seine Entwicklungsbemühungen fortsetzt, unterstreicht die Erfahrung mit dem Mikrokredit- und Sparprogramm den Wert von zugänglichen, vertrauenswürdigen und gut konzipierten Mikrofinanzinitiativen für die Förderung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums.

Aus den sozialen Medien

Yemane G. Meskel ER

@hawelti

.

5. Jan. 2026

Die politischen Zwerge der Potemkin-Partei – und Teile ihrer hochrangigen Militärführung – scheinen sich in diesen ersten Tagen des Jahres 2026 dafür entschieden zu haben, ihrer rücksichtslosen Säbelrasselei und Kriegsagenda zu frönen und diese noch zu verstärken.

Das Pendel der giftigen Propaganda schwankt zwischen provokativen Tricks, wie der Einbindung der souveränen Küstengebiete Eritreas in Photoshop-bearbeitete äthiopische Landkarten – insbesondere in

Medien und Plattformen, die sich an das heimische Publikum richten –, was einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt, und dem Spielen der „Opferrolle“, indem sie ihr illegales Streben nach souveränem Zugang zum Meer gegenüber ihrem ausländischen Publikum mit Begriffen der „Selbstverteidigung“ beschönigen und legitimieren.

So rücksichtslos und bedauerlich diese Tricks auch sein mögen, sie sind in vielerlei Hinsicht angeboren oder zweite Natur für die Potemkin-Partei, deren Vorgehensweise und Markenzeichen sind: Optik + Selbstdarstellung + Täuschung + Desinformation.

<https://x.com/hawelti/status/1965070764211880236?s=20>

Amb. Sophia Tesfamariam
@AmbStesfamariam

18. Dez. 2025

Es besteht kein Zweifel daran, dass die regierende Prosperity Party (auch bekannt als Potemkin Party) in Äthiopien systematisch narrative Kriegsführung einsetzt, um unrechtmäßige regionale Ambitionen zu legitimieren und die Verantwortung für die zunehmenden Spannungen am Horn von Afrika abzulenken. Diese Praxis stellt eine gefährliche Abkehr von der Diplomatie in gutem Glauben dar und untergräbt direkt die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundprinzipien der internationalen Beziehungen.

Versuche, expansionistische oder zwanghafte Ziele mit Begriffen wie Selbstverteidigung, Opferrolle oder historischen Ansprüchen zu verschleiern, sind keine harmlosen rhetorischen Mittel. Sie stellen einen klaren Verstoß gegen den Geist und den Wortlaut von Artikel 2(4) der Charta der Vereinten Nationen, der die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates eindeutig verbietet. Wenn solche Narrative unwidersprochen bleiben, besteht die Gefahr, dass sie einem Verhalten, das nach internationalem Recht ausdrücklich verboten ist, implizit Legitimität verleihen.

Ebenso beunruhigend ist die zunehmende Instrumentalisierung institutioneller Plattformen. Multilaterale und regionale Mechanismen werden zunehmend selektiv eingesetzt, um einseitige politische Agenden voranzutreiben, anstatt einen prinzipiellen Multilateralismus zu wahren. Die Aushöhlung der institutionellen Neutralität, sei es durch Schweigen, selektives Engagement oder stillschweigende Billigung, beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit dieser Foren und schwächt ihre Fähigkeit, einen sinnvollen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und regionaler Zusammenarbeit zu leisten.

#Eritrea unterstreicht einen grundlegenden Punkt, der in der heutigen Diskussion oft übersehen wird: Multilateralismus ist kein Selbstzweck. Er ist ein Mittel zur Wahrung der Legalität, der souveränen Gleichheit und des gegenseitigen Respekts zwischen Staaten. Wenn Institutionen nicht unparteiisch handeln oder zu Vehikeln für revisionistische Narrative werden, darf ein Rückzug nicht fälschlicherweise

als Isolationismus interpretiert werden. Es handelt sich vielmehr um eine prinzipielle Weigerung, institutionelles Versagen oder politische Opportunität zu legitimieren.

Das Versäumnis, revisionistischen Narrativen entgegenzutreten, insbesondere solchen, die rückwirkend Zwangsmaßnahmen rechtfertigen oder rechtswidrige Präzedenzfälle normalisieren wollen, stellt eine ernsthafte Bedrohung für die regionale und internationale Ordnung dar. Am Horn von Afrika, wo Grenzen und Souveränitäten rechtlich definiert und international anerkannt sind, würde die Duldung eines solchen Revisionismus etablierte Normen untergraben und destabilisierendes Verhalten mit weitreichenden Folgen fördern.

Das derzeitige Wiederaufleben dessen, was treffend als „Erifluenza“ bezeichnet wurde, ist weder zufällig noch reaktiv. Es handelt sich vielmehr um eine kalkulierte Narrative-Offensive, die darauf abzielt, expansionistische Ziele zu verschleiern, Verantwortlichkeiten neu zu definieren und eine falsche moralische Gleichwertigkeit zu schaffen.

Die Positionen #Eritreas, die auf #Souveränität, #Legalität und dem Streben nach echter regionaler #Stabilität beruhen, bleiben konsistent und sind eindeutig dokumentiert. Das Glaubwürdigkeitsdefizit liegt nicht bei #Eritrea, sondern bei denen, die die jüngste Geschichte umschreiben wollen, um künftige Übergriffe zu rechtfertigen.

#Eritrea bekennt sich weiterhin zu friedlicher Koexistenz, rechtmäßiger regionaler Zusammenarbeit und prinzipientreuer multilateraler Zusammenarbeit und lehnt gleichzeitig entschieden jeden Versuch ab, Zwang durch Desinformation oder institutionelle Manipulation zu normalisieren....



Bauen für Konnektivität und Entwicklung

Falls Sie diesen Newsletter regelmäßig erhalten möchten, bitte kontaktieren Sie uns unter dieser E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de



Herausgeber:
Botschaft des Staates Eritrea in Deutschland
- Public Diplomacy und Medien –
Stavangerstr. 18
10439 Berlin
Tel: 030-44 67 46 17

Für noch mehr Informationen über Eritrea bitte besuchen Sie unsere Website
<https://botschaft-eritrea.de>
E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de